

### Rezension: The Politics of Death: Political Violence in Southeast Asia

Bünthe, Marco

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bünthe, M. (2006). Rezension: The Politics of Death: Political Violence in Southeast Asia. [Rezension des Buches *The Politics of Death: Political Violence in Southeast Asia*, hrsg. von A. Croissant, B. Martin, & S. Kneip]. *Südostasien aktuell : journal of current Southeast Asian affairs*, 25(5), 109-112. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-336894>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

gleich mit Indonesien unbefriedigend, weil die daraus abgeleitete Hauptthese nicht wirklich aufschlussreich ist und weil nicht systematisch zwischen unabhängigen und intervenierenden Variablen unterschieden wird, aber besonders das Analyseinstrument des „Koalitionskapitals“ kann durchaus für weitere Studien von Bedeutung sein. Auch hat sie die komplexe Struktur von Zivil- und politischer Gesellschaft in Malaysia sehr gut herausgearbeitet. Sie trägt mit diesem Buch dazu bei, allzu simplen Konzeptualisierungen von „Civil Society“ und von „politischer Kultur“ entgegenzuwirken.

– Andreas Ufen –

**Aurel Croissant, Beate Martin, Sascha Kneip (Hrsg.):**

*The Politics of Death. Political Violence in Southeast Asia*, Münster: Lit-Verlag 2006. ISBN 3-8258-8860-6

Spätestens seit dem Terroranschlag von Bali im Oktober 2002 und dem verstärkten sicherheitspolitischen Engagement der USA in Südostasien ist die Region hinter Südasien zur „zweiten Front“ im globalen Kampf gegen den internationalen Terrorismus geworden. Das von Aurel Croissant, Beate Martin und Sascha Kneip herausgegebene Buch *The Politics of Death. Political Violence in Southeast Asia* zeigt die Vielzahl von Gewaltkonflikten, die sich hinter dem einfachen Bild vom Terrorismus verbergen, auf. Der Sammelband, der auf eine Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung im Juni 2003 zurückgeht, liefert einen guten Einblick in die Vielschichtigkeit der Gewaltkonflikte in den

südostasiatischen Staaten und hebt sich damit wohltuend von den üblichen, rein auf das Phänomen des Terrorismus beschränkten Darstellungen ab. Es diskutiert dabei unterschiedliche Gewaltphänomene, wie Separatismus, ethnische Gewalt, Kriminalität, und beschreibt ihre Ursachen, Verlaufsdy namiken und Wirkungen. Der Sammelband liefert so einen willkommenen Beitrag für ein altes und zugleich wiederentdecktes Forschungsfeld.

In ihrem Einleitungskapitel geben Aurel Croissant und Sascha Kneip einen empirischen Überblick über die Forschung zu politischem Extremismus und Gewalt in der Region. Basierend auf den Datensätzen der RAND-MIPT stellen sie einen signifikanten Anstieg terroristischer Gewalttaten in Südostasien fest und belegen damit, dass das Bild von der zweiten Front eine gewisse Berichtigung hat. Gleichzeitig decken sie aber die grundlegenden methodologischen Schwächen des verwendeten Datenmaterials auf, u.a. die verschiedenen Analysezeiträume und die unterschiedlichen Indikatoren der Datensätze. Damit entziehen sie dem Bild von einer „zweiten Front“ zunehmend die empirische Grundlage. Darauf aufbauend leiten sie ihre Hauptfragen nach den Mustern, Verlaufsformen, Akteuren, Motiven und Folgen politischer Gewalt in Südostasien ab. Dieses Vorgehen ermöglicht eine gelungene Kombination quantitativer und qualitativer Forschung, um zu den gewünschten Ergebnissen gelangen zu können. Die ausgewählten Fälle liefern empirisches Anschauungsmaterial zu Indonesien, Kambodscha, Malaysia, den Philippinen und Südthailand. Leider fehlt eine Betrachtung

tung der sicherlich hoch interessanten Fälle politischer Gewalt in Birma (Myanmar) und Osttimor.

Im ersten Artikel analysiert *Syed Serajul Islam* die Ursachen für den Ausbruch separatistischer Gewalt in den malaiischen Südprouvinzen Thailands. Auf den grundlegenden politikwissenschaftlichen Theorien zu ethno-religiöser Gewalt (Primordial vs. Situationsansatz) aufbauend untersucht er in historischer Perspektive die ethnische, religiöse und ökonomische Dimension des Konflikts. Er zeigt dabei überzeugend auf, dass das Vorgehen der thailändischen Regierung unter Thaksin insbesondere infolge des Antiterrorkrieges einen wesentlichen Erklärungsfaktor für das Wiederaufflammen separatistischer Gewaltakte darstellt.

*Christoph Schuck* beleuchtet in seinem Artikel die ethnische und secessionistische Gewalt in Indonesien nach dem Sturz Suhartos. Er analysiert hier vor allem die Gewalt gegen die ethnischen Chinesen (im Jahr 1997/1998) und den separatistischen Konflikt in Aceh. Schuck zeigt nicht nur die historische Dimension dieser Konflikte auf, sondern stellt auch die Akteure und ihre grundlegenden Motivationen dar. Perspektivisch sieht er die Gefahr gegeben, dass Indonesien zu einer „defekten Demokratie“ (Croissant) degenerieren könnte. Die Darstellung Schucks überzeugt jedoch nur teilweise; leider versäumt der Autor, die grundlegenden Dynamiken der Neuausrichtung von Identität und Religion nach dem Sturz Suhartos und ihre vielfach diskriminierende und gewalttätige Wirkung aufzuzeigen. So hätte sich eine Betrachtung der zunehmenden separatistischen Gewalt in Westpa-

pua (als Vergleich zu Aceh), die Gewalt auf den Molukken oder auch in Westkalimantan (Dayaks) angeboten, um die vielschichtigen Dynamiken politischer Gewalt der Post-Suharto-Ära herauszuarbeiten.

Hierzu lesen wir mehr in dem Aufsatz von *Bob S. Hadiwinata*, der in seinem sehr anschaulich geschriebenen Beitrag zeigt, wie die Demokratisierung zu einer Radikalisierung des Islam beitragen konnte. Hadiwinata betont internationale (Nahostkonflikt, Globalisierung), aber auch innenpolitische Faktoren (Elitenkonflikte, Staatsversagen, Wirtschaftskrise, Islamisierung), die einen fruchtbaren Nährboden für radikale und terroristische Gruppen bildeten. Hadiwinata beschreibt anschließend radikale (Laskar Jihad, FPI, Hizbut Tahrir Indonesia) und terroristische Gruppierungen (Jemaah Islamiyah) und ihre Verbindungen. Es bestehe in den Augen Hadiwinatas zwar keine direkte Zusammenarbeit zwischen den Einzelorganisationen, wohl aber habe die Islamisierung zu einer Radikalisierung der Islamschulen (Pesantren) geführt und verirrte Jugendliche vermehrt in die Arme terroristischer Gruppierungen getrieben. Hadiwinata gibt in seinem Beitrag leider keine trennscharfe Unterscheidung zwischen radikalen, terroristischen und liberalen Elementen im Islam. Er sieht aber letztlich die radikalen Kräfte in der Minderheit: Solange die islamischen Massenorganisationen (NU, Muhammadiyah) moderat blieben, sollten wir über die kleine Minderheit radikaler Elemente nicht in Sorge sein.

Drei weitere Artikel befassen sich mit der politischen Gewalt auf den Philippinen. *Rizal G. Buendia* fragt, ob es sich bei dem

Kampf der Moros in den südlichen Philippinen um einen ethno-religiösen oder einen eher ökonomisch motivierten Konflikt handele. Nach einer Darlegung der Genese und verschiedenen Phasen des Konflikts geht Buendia auf die unterschiedlichen Motivationen der Akteure ein. Er zeigt auf, dass der Sezessionismus durch den anhaltenden staatlichen Zentralismus und die Staatsschwäche in der Region bedingt ist. Während die ökonomischen und sozialen Notstände nicht geleugnet werden dürfen, ist die anhaltende religiöse Diskriminierung für die bereits lange anhaltende Gewalt maßgeblich verantwortlich. In seiner Schlussfolgerung zeigt er auf, dass die Moros als Teil der philippinischen Nation anerkannt werden müssen und am allgemeinen Wohlstand teilnehmen müssen. *Patricia N. Abinales* beschreibt den „letzten Volksaufstand Südasiens“, den Kampf der kommunistischen Partei (CPP) und ihres bewaffneten Arms der New People's Army. Aufbauend auf Caouettes Studie aus dem Jahr 2004 zeigt Abinales auf, welche Faktoren für den anhaltenden Erfolg der NPA verantwortlich gemacht werden können. Die kommunistische Partei hat es sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene geschafft, sich auszubreiten und die lokalen Gelegenheitsstrukturen von Armut, Kriminalität und „Bossism“ auszunutzen zu können. Auch durch die Einführung von Wahlen wurde ihr Erfolg nicht beeinträchtigt. Mit der politischen Gewalt bei Wahlen beschäftigt sich der Artikel von *Patrick Pattino* und *Djorina Velasco*. Nach einer Darlegung der Empirie der Gewalt bei lokalen und nationalen Wahlen nach der Demokratisierung 1986 und den unterschiedlichen

Gewaltformen werden die wesentliche Akteure herausgearbeitet (Private Armeen, Milizen etc.). Abschließend werden die Gründe für die anhaltende Gewalt bei Wahlen analysiert: Staatsversagen, „informelle“ Politik, ungleiche Entwicklung und sich vertiefende soziale Konfliktlinien bilden den Nährboden für die Welle der Gewalt bei den philippinischen Wahlen.

Das Fehlen jeglicher ethnischer und religiöser Gewalt in Malaysia – seit den Unruhen 1969 – wird von *Francis Loh Kok Wah* beleuchtet. Aufbauend auf Überlegungen von Lijphart und Horowitz zeigt er, welche unterschiedlichen Strategien zu einem friedlichen Zusammenleben in dem multi-ethnischen Staat geführt haben. Neben konsens-„demokratischen“ Elementen in Form der Elitenkoalition Barisan Nasional haben auch der Wirtschaftserfolg der New Economic Policy (NEP) und die Ausbildung einer malaiischen Unternehmerklasse zum Ausbleiben politischer Gewalt geführt. Konsensorientierung und Entwicklungsphilosophie würden gleichzeitig aber die weitere Demokratisierung gefährden. Der Rechtsstaat dient in diesem Falle der Konservierung der Harmonie zwischen den Ethnien und der Unterdrückung der Opposition.

Im Zentrum von drei weiteren Beiträgen stehen die unterschiedlichen Formen politischer Gewalt in Kambodscha. *Sorpong Peou* untersucht in seinem Beitrag die Korrelationen zwischen politischen Strukturen, politischem Wandel und dem Grad von politischer Gewalt. Er vertritt dabei die Hypothese, dass politische Führer zu Gewalt neigen, wenn sie sich besonders unsicher fühlen. In den unterschiedlichen Regimetypen seit

der Unabhängigkeit ist das Ausmaß der politischen Gewalt sehr unterschiedlich gewesen, wobei ein Höhepunkt sicherlich im totalitären Pol-Pot-Regime aufzufinden gewesen ist. Seit der Demokratisierung Anfang der 1990er Jahre sinkt das Niveau politischer Gewalt deutlich ab. Dieser empirische Befund wird vom Autor leider nicht mit Daten unterfüttert. Peou beschreibt lediglich die Zyklen, Formen und Akteure politischer Gewalt. Als Erklärung werden vor allem die Strukturen des politischen Systems, weniger kulturelle oder ökonomische Faktoren ins Feld geführt. Insgesamt fehlen die empirischen Belege, um die These des Autors hinreichend zu stützen.

*Caroline Hughes* beschreibt die Gewalt bei den Wahlen nach der Demokratisierung 1993 und ihre Auswirkungen auf die Demokratie des Landes. Sie vertritt die Auffassung, dass Gewalt nicht mehr nur zur direkten Einschüchterung der Wähler benutzt wird, sondern vor allem als Faktor bei der Entscheidungsfindung mitwirkt. Hierzu wird ein Maximum an Wirkung erzielt. Der Rückgang an Erschießungen ist nicht auf eine friedlichere Politik zurückzuführen, sondern auf die Dominanz der CPP und die zunehmende Einschüchterung der Landbevölkerung sowohl bei nationalen als auch bei lokalen Wahlen. Während die politische Elite des Landes Gewalt als Regel in der Auseinandersetzung zu akzeptieren scheint, sind die Folgen für die Zivilgesellschaft fatal. *Roderic Broadhurst* untersucht in seinem Beitrag die verschiedenen Formen politischer Gewalt und fragt, ob das Bild von Kambodscha als einer Nation der Gewalt – verglichen mit den anderen Ländern der Re-

gion – zutreffend ist. Seiner Ansicht nach unterscheidet sich Kambodscha stark von anderen südostasiatischen Nationen durch die besondere Mischung aus bewaffneter Post-Konfliktgesellschaft, Genozid, fragmentierten Institutionen und schwacher Rechtsstaatlichkeit. In seiner Abhandlung vermittelt er ein sehr gutes Bild über die verschiedenen Formen politischer Gewalt, liefert empirische Daten über die unterschiedlichen Delikte und zeigt die Gründe für die anhaltend hohe Gewaltrate auf.

Alles in allem zeigt der Sammelband, dass sich hinter der These von der zweiten Front eine Vielzahl unterschiedlicher Gewaltformationen verbirgt, die stark variiierende Ursachen und Akteure mit unterschiedlichen Zielen aufweisen. Obwohl das Thema regionaler Terrorismus in dem Band lediglich einmal gestreift wird und auch in seiner regionalen Dimension nicht hinreichend gewürdigt wird – Teile des Terrornetzwerkes sind auch in Malaysia, Indonesien und den Philippinen aktiv –, bietet der Sammelband einen gelungenen Einblick in die Vielzahl der Gewaltkonflikte in Südostasien. Wenn auch die Qualität der Einzelbeiträge variiert, bietet er doch für die Themenkreise Gewalt und Demokratie, Gewalt und Wahlen sehr gute Darstellungen. Dies macht *The Politics of Death* zu einem empfehlenswerten Buch.

– Marco Bünte –